

Der stille Abschied vom Markt – wie Europa mit seiner Energiepolitik die Grundlagen des Wohlstands untergräbt

Eine resiliente Energiepolitik muss auf Diversifizierung setzen, auf robuste Infrastruktur und auf stabile Rahmenbedingungen. Preise bündeln dabei Informationen – werden sie verzerrt, leidet die Effizienz

08.08.2026, 05.25 Uhr ⌚ 5 Leseminuten



Europas Energiepolitik folgt einem vertrauten Muster: Auf jede Krise folgt ein Eingriff, auf jede Verknappung eine Preisbremse, auf jede Verwerfung eine neue Regulierung. Was als pragmatische Reaktion beginnt, entwickelt sich zunehmend zu einem strukturellen Problem – mit Folgen für den Energiesektor und weit darüber hinaus.

Der Krieg in der Ukraine markierte eine Zäsur. Mit einem Schlag fiel ein zentraler Teil der europäischen Energieversorgung weg. Russland hatte zuvor erhebliche Anteile der Gas-, Öl- und Treibstoffimporte gedeckt. Die Preise stiegen drastisch, die Inflation zog an. Die politische Reaktion folgte rasch: Preisdeckel, Übergewinnsteuern, Ausgleichszahlungen, regulatorische Eingriffe. Vieles davon war kurzfristig nachvollziehbar. Rückblickend zeigt sich jedoch: Die Massnahmen haben nicht nur abfedernd gewirkt, sondern auch zentrale Marktmechanismen geschwächt.

Denn Preise erfüllen in funktionierenden Märkten eine entscheidende Aufgabe: Sie signalisieren Knappheit und lenken Investitionen. Hohe Preise sind das beste Mittel gegen hohe Preise. Werden sie politisch gedämpft oder verzerrt, verliert das System seine Fähigkeit zur Anpassung. Genau das ist in Europa zunehmend zu beobachten.

Steuerungsfunktion von Preisen

Heute greifen Regierungen auf mehreren Ebenen gleichzeitig in Energiemärkte ein. Preise werden gedeckelt, Gewinne begrenzt, Steuern und Abgaben erhöht, rechtliche Rahmenbedingungen im kleinsten Detail reguliert, Lieferquellen gezielt ausgeschlossen. Jeder einzelne Eingriff mag begründbar sein. In ihrer Summe entsteht jedoch ein Umfeld, in dem die zentrale Steuerungsfunktion von Preisen unter Druck gerät.

Dabei zeigt die Erfahrung, dass gerade globale Energiemärkte eine erstaunliche Fähigkeit zur Stabilisierung besitzen. Selbst bei massiven Angebotsausfällen werden Lieferströme durch Preissignale umgelenkt. Knappheiten werden ausgeglichen, neue Anbieter treten in den Markt ein, Investitionen werden angestossen. Diese Anpassungsfähigkeit ist ein

entscheidender Vorteil offener Märkte. Sie geht verloren, wenn politische Eingriffe die Signale verzerren.

Hier liegt ein grundlegender Zielkonflikt: Massnahmen, die kurzfristig vor Preisschwankungen schützen sollen, schwächen langfristig genau jene Mechanismen, die Krisen bewältigbar machen. Märkte funktionieren nicht nur über aktuelle Preise, sondern auch über Erwartungen. Wer in Energieinfrastruktur investiert, denkt in Jahrzehnten. Wenn jedoch unklar ist, ob Preise politisch begrenzt, Gewinne abgeschöpft oder Regeln laufend verändert werden, steigt die Unsicherheit – und Investitionen bleiben aus.

Das Ergebnis ist paradox: Preise signalisieren Knappheit, doch die notwendigen Anpassungen erfolgen nicht.

Auffällig ist dabei weniger die Existenz politischer Eingriffe als ihre Wiederholung. Auf jede Krise folgt ein ähnliches Muster: Empörung über steigende Preise, die Suche nach Schuldigen, in der Folge hektische Entlastungspakete und neue Regulierungen. Was als Ausnahme gedacht war, wird zur Regel.

Diese Dynamik verändert das System und die Kultur in Europa schleichend. Freie Märkte werden zunehmend durch kurzfristige politische Steuerung ersetzt. Wettbewerbsfähigkeit und Innovation werden durch einen überbordenden Sozialstaat mit Vollkasko-Ambitionen abgelöst. Gleichzeitig stehen kurze politische Entscheidungszyklen einer Industrie gegenüber, die langfristige Planung erfordert. Die Folge ist ein strukturelles und kulturelles Ungleichgewicht.

Planungssicherheit ist zentral

Die langfristigen Konsequenzen sind weniger sichtbar, aber umso gravierender. Europas Raffineriekapazitäten sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich geschrumpft, während sie in anderen Regionen ausgebaut wurden. Die Abhängigkeit von Importen – auch bei verarbeiteten Produkten wie Diesel – nimmt ständig zu. Gleichzeitig verlagert sich Wertschöpfung ins Ausland.

Das ist kein Zufall. Kapitalintensive Infrastruktur benötigt Planungssicherheit. Wo diese fehlt, werden Investitionen verschoben oder unterlassen. Damit sinkt die Fähigkeit des Systems, auf zukünftige Schocks zu reagieren.

Die zentrale Herausforderung besteht nicht darin, Abhängigkeiten vollständig zu vermeiden – das wäre weder realistisch noch effizient. Entscheidend ist, sie zu steuern. Eine resiliente Energiepolitik setzt auf Diversifizierung, robuste Infrastruktur und stabile Rahmenbedingungen.

Europa wird auf absehbare Zeit Energie importieren müssen. Umso wichtiger ist es, Abhängigkeiten zu streuen, statt sie durch politische Entscheidungen weiter zu verengen. Geografische Diversifizierung, technologische Offenheit und der Erhalt eigener Produktionskapazitäten sind dabei zentrale Elemente. Eine resiliente Energiestructur erfordert nicht nur den Ausbau neuer, sauberer und nachhaltiger Technologien, sondern auch den Erhalt und die Modernisierung bestehender industrieller Grundlagen.

Ebenso entscheidend ist die Infrastruktur. Pipelines, Stromnetze und Energiespeicher bestimmen, wie flexibel ein System auf Störungen reagieren kann. Ohne ausreichende Verbindungen bleibt selbst ein diversifiziertes Angebot fragmentiert. Nationale Alleingänge schwächen die Resilienz des Gesamtsystems.

Auf der Nachfrageseite spielt Effizienz eine Schlüsselrolle. Technologischer Fortschritt kann den Energieverbrauch senken, ohne wirtschaftliche Aktivität zu bremsen. Elektrifizierung, effizientere Prozesse und Innovation tragen dazu bei, die Anfälligkeit auf externe Schocks zu reduzieren.

All diese Faktoren haben eines gemeinsam: Sie erfordern langfristige Investitionen. Und diese wiederum setzen verlässliche Rahmenbedingungen voraus. Ein System, das durch permanente kurzfristige Eingriffe geprägt ist, kann diese Stabilität nicht bieten.

Die ökonomischen Grundlagen dieser Problematik sind bekannt. Preise bündeln Informationen und koordinieren Entscheidungen in komplexen Systemen. Sie vermitteln zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Wirtschaft. Werden sie verzerrt, leidet die Effizienz – und die Anpassungsfähigkeit sinkt. In stabilen Zeiten bleiben diese Effekte oft unsichtbar. In Krisen treten sie umso deutlicher zutage.

Politisch übersteuerte Märkte

Wir befinden uns in einer Phase tiefgreifender geopolitischer und technologischer Umbrüche. Anforderungen an Anpassungsfähigkeit, Innovationskraft und Effizienz steigen. Gleichzeitig nimmt die Tendenz zu, Märkte politisch zu übersteuern.

Das ist riskant. Denn die nächste Energiekrise ist keine Frage des Ob, sondern des Wann. Die vergangenen Jahre – von Pandemie über Krieg bis hin zu globalen Handelskonflikten – haben gezeigt, wie fragil das System ist. Stabilität ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Welt von gestern ist Vergangenheit. Nostalgie ist keine Strategie. Eine robuste Strategie muss die veränderten geopolitischen und technologischen Gegebenheiten anerkennen und angehen.

Kurzfristige Eingriffe mögen politisch notwendig erscheinen, werden sie jedoch zur dauerhaften Strategie, untergraben sie die Grundlagen langfristiger Stabilität. Ein System, das seine Preissignale verliert, verliert seine Fähigkeit zur Koordination.

Der Abschied vom Markt erfolgt nicht abrupt. Er geschieht schleichend – durch gut gemeinte Eingriffe, die in ihrer Summe die Funktionsweise des Systems und die Werte der Gesellschaft verändern. Die Folgen zeigen sich erst mit Verzögerung: in ausbleibenden Investitionen, sinkender Resilienz und wachsender Abhängigkeit.

Am Ende setzt sich eine unbequeme Erkenntnis durch: Energiesicherheit entsteht nicht durch die Unterdrückung von Marktmechanismen, sondern durch ihre Stärkung. Wer kurzfristige Stabilität über langfristige Funktionsfähigkeit stellt, riskiert beides.

Die Frage ist nicht, ob Europa in den Markt eingreifen soll. Die Frage ist, wie weit diese Eingriffe gehen dürfen, ohne das System selbst zu beschädigen. Die Antwort darauf wird entscheidend dafür sein, ob Europa seine wirtschaftliche Stärke und damit seinen Wohlstand in einer zunehmend unsicheren Welt bewahren kann. Die Verfügbarkeit

von sicherer, leistbarer und sauberer Energie spielt dabei die zentrale Rolle.

Wir alle werden gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen für den Zustand, in dem wir diese Welt an unsere Kinder übergeben.

Alfred Stern ist noch bis Ende August CEO von Österreichs grösstem Energiekonzern OMV.

9 Kommentare

Thomas Zwicky  Gestern

3 Empfehlungen

Ein starker Beitrag über Europas schleichenden Abschied von der Marktwirtschaft, welche Europa aus der Misere in die Neuzeit katapultierte. Freie Preise sind keine politische Zumutung, sondern Information, der Kernmechanismus in einem Oekosystem mit Milliarden Teilnehmern weltweit: Sie zeigen Knappheit, lenken Kapital und schaffen Investitionsanreize für Private und Unternehmer. Europa hingegen deckelt Preise, besteuert Gewinne, subventioniert Verluste aus den Taschen der Bürger und wundert sich über fehlende Investitionen. Ja Himmel, da will doch niemand investieren. Europa hört nicht auf die (Wirtschafts-)Wissenschaft, wo solches zum Grundwissen gehört sich alle Experten einig sind (smile....) Der Markt darf offenbar noch stattfinden – solange sein Ergebnis der Politik aka den Planwirtschaftern gefällt. So zerstört man nicht nur Preissignale, sondern langfristig Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und v.a. Frieden. Dumm ist einfach, dass v.a. linke Politiker die immer gleichen Kamellen bringen, auch wenn sie niemals funktionierten, bzw. zu Verarmung führten.

Jo Matter  Gestern

1 Empfehlung

Der Artikel glänzt durch eine Taktik: Er verweigerte jedes konkrete Beispiel, um sich keinem Faktencheck stellen zu müssen. Wer nur abstrakt „Markt“ fordert, überlässt es der Bauchmeinung des Lesers, die Lücken mit eigenen Feindbildern (zb. die Grünen) zu füllen. Zwei reale Sachzwänge werden dabei komplett ausgeblendet: 1. Geologie: Europa hat kaum eigene Rohstoffe. Dünger aus Saudi-Arabien zu importieren mag laut Lehrbuch „effizient“ sein und verhindert Markt feindliche Subventionen an die deutsche Chemie. Brennt morgen die Straße von Hormus, nutzt uns die Marktlehre nichts – wir haben schlicht kein Essen mehr. Geopolitische Autarkie ist ein Staatsziel, das der freie Markt aus Renditegründen nicht sichert. Die NZZ schreit ansonsten am lautesten nach Unabhängig in welche investiert werden müsse. 2. Partikularismus: Europa ist kein souveräner Block, sondern ein Geflecht egoistischer Einzelstaaten (Franzosen sichern ihre Atomkraft, Deutsche ihre Industrie, Polen ihre Kohle, Norwegen verdient mit Öl und Gas was der Rest teuer bezahlt). Wer staatliche Eingriffe zur Sicherung der Infrastruktur pauschal als Ideologie abtut, verwechselt akademische Ökonomie mit realer Geopolitik.

[Alle Kommentare anzeigen](#)